

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 34

Artikel: Das neue Statut der sowjetischen KP (II) : Moralkodex einer Ersatzreligion

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1076456>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das neue Statut der sowjetischen KP (II)

Moralkodex einer Ersatzreligion

Das neue Parteistatut, das erstmals ausdrücklich Revisionismus und Dogmatismus als Häresien von der leninistischen Linie definierte und brandmarkte, ist auch in weiteren Punkten ideologischer Anforderungen konkreter und deutlicher geworden. Die im Entwurf zum KP-Programm enthaltene Theorie der friedlichen Koexistenz wird im Statut wettgemacht durch die verstärkte Betonung des ideologischen Kampfes. Seine strikte Handhabung empfiehlt Chruschtschew schon in Hinsicht auf die erweiterte Kontaktnahme der Sowjetunion mit Ländern bürgerlicher Staats- und Wirtschaftsordnung. (Wie sehr Westkontakte von der KP gefürchtet werden, zeigen als neuestes Beispiel die Restriktionen gegen die französische Ausstellung in Moskau, ein Gegenstück zum «Fall Oistrach» bei uns, nur ohne Diskussionen).

Einlageblätter fürs Pflichtenheft

Aufschlussreich ist die Tendenz, bisher allgemein formulierte Pflichten der Parteimitglieder jetzt genau zu rubrizieren und zu kodifizieren. Zu den Geboten der kommunistischen Ersatzreligion tritt der Katechismus. Bisher waren die KP-Angehörigen verpflichtet: Die Parteibeschlüsse «ins Leben zu übertragen» (Paragraph 2, Absatz b), die ideelle und organisatorische Einheit der Partei zu wahren (§ 2, e), die Staats- und Parteidisziplin einzuhalten (§ 2, i), Parteienweisungen bezüglich der Personalpolitik (Kaderbestellung) strikte zu befolgen (§ 2, z), Kritik und Selbstkritik zu pflegen (§ 2, sch — 7. Buchstabe der kyrillischen Schrift) usw.

Diese allgemeinen Bestimmungen werden beibehalten. Dazu aber muss sich das Parteimitglied zur Bekämpfung folgender Uebel verpflichten: jeder Erscheinung der bürgerlichen Ideologie, der Ueberreste der «Privateigentums-Psychologie» (womit das Parteichinesisch nicht die Lehre von der Psyche des Privateigentums, sondern die positive Einstellung der Bevölkerung zum Privateigentum meint) und anderer Ueberreste des Nationalismus und Chauvinismus (§ 2, d). Auch die Parteiorganisationen werden angewiesen, sich den nationalen und rassischen Vorurteilen gegenüber kompromisslos zu verhalten und die gleiche Kompromisslosigkeit auf die Feinde von Kommunismus, Frieden und Freiheit der Völker anzuwenden (womit der Grundsatz, dass nicht nur der Antikommunismus, sondern auch die Person des Antikommunisten unterdrückt zu werden hat, offiziell hochgehalten wird).

Im übrigen haben die neu aufgenommenen Punkte eine eindeutige Beziehung zu den Errungenschaften und Tendenzen der Chruschtschew-Aera. Dass etwa die Abschaffung der «Privateigentums-Psychologie» etwa mit der Abschaffung der Nebengewirtschaften sehr konkret gehandhabt wird, ist offensichtlich. Auch die Erwähnung von Nationalismus und Chauvinismus hat in der gegenwärtigen Kampagne zur Aufhebung des föderativen Aufbaus der UdSSR und zur Russifizierung der übrigen Sowjetrepubliken (siehe Untersuchungen KB Nrn. 28 und 29) ihren realen und aktuellen Hintergrund.

Freiwillige unten durch

Die «freiwillige (d. h. unbezahlte) Aufbauarbeit», die im Wirtschaftsleben anstelle der verminderten offiziellen (und bezahlten) Arbeitszeit tritt, wird als Begriff jetzt auch im Parteileben aufgenommen. KP-Organisationen (über Parteiorgane siehe «Gebrauchsterminologie im Osten», KB Nrn. 28, 29, 30) werden zur Aufnahme nebenamtlicher Funktionäre zur freiwilligen Aufbauarbeit angehalten (§ 42, d). Ausserdem haben Gau-, Stadt- und Bezirkskomitees noch nebenamtliche Instrukto- ren anzustellen, ständige oder ad hoc Kommissionen zur Behandlung spezifischer Probleme zu errichten, beziehungsweise «auf freiwilliger Basis durch weitere organisatorische Formen» die Parteimitglieder in die Tätigkeit der Parteiorgane einzuschalten.

Diese Kommissionen, respektive das Heranziehen ehrenamtlicher, unbezahlter Funktionäre sind als Parteiinstitutionen neu. Immerhin wird damit nur eine Entwicklung legalisiert, die schon lange eingesetzt hat. In Moskau wurden die bezahlten Instrukto- ren schon meist durch freiwillige, unbezahlte Kräfte (1711 Personen laut «Partinaja Schisn» Nrn. 15 und 16, 1961) ersetzt. Im Stadtkomitee gibt es heute nicht mehr bezahlte Funktionäre als 1941, obwohl sich die Zahl der Mitglieder in den letzten zwanzig Jahren von 229 000 auf 630 000 nahezu verdreifacht hat. Nur 7,5 Prozent der Moskauer Parteisekretäre sind bezahlte Angestellte.

Charakteristisch aber ist, dass solche Posten für nebenamtliche Instrukto- ren und solche Aktivistenkommissionen nur in den niedrigen Parteikomitees errichtet werden müssen, nicht aber in den mittleren und höheren. In diesen amtieren nur wenige, von der Parteispitze abhängige Funktionäre. Die «Vergesellschaftlichung» der Funktionen ist also auch im Parteileben (wie im Staatsbereich) nur unten möglich.

Kollektive Führung im Komitee oder der runde Kreis

Im neuen Statutenentwurf ist erstmals der Grundsatz der kollektiven Führung verankert worden. Der noch gültige Text aus dem Jahr 1952 nimmt nur nebenbei Bezug auf die «Erziehung der Parteimitglieder im Geist der kollektiven Führung», gibt aber keine direkte Anweisung zur Handhabung dieses leninschen Grundsatzes. Jetzt aber heisst es schon in der Einleitung, dass «die KPdSU ihre Arbeit auf Grund der strikten Nachachtung der leninschen Norm des Parteilebens, des Prinzips der kollektiven Führung, der allseitigen Entwicklung der inneren Demokratie ... ausführt». Später (§ 28) heisst es: «Das höchste Prinzip der Parteiführung ist die Kollektivität, die unerlässliche Bedingung der normalen Tätigkeit der Parteiorganisationen. Personenkult verletzt die innerparteiliche Demokratie und darf nicht geduldet werden.»

Im gleichen Artikel wird aber bemerkt, dass «die Kollektivität der Führung die persönliche Verantwortung der Funktionäre in den ihnen anvertrauten Angelegenheiten nicht aufhebt». Kollektive Führung und Einzelverantwortlichkeit sind also einander gegenübergestellt. Die theo-

retische Harmonisierung des anscheinenden Widerspruches heisst: «Kollektive Beschlussfassung in wichtigen Fragen und operative Lösung der einzelnen Probleme durch verantwortliche Funktionäre.

An sich ist der kollektive Charakter des Komitees schon implizite in der Definition eines Komitees enthalten (Enzyklopädisches Wörterbuch, Moskau, Band 2, Seite 115), so dass die Betonung der kollektiven Führung innerhalb der Komitees Pleonasmus wäre. Aber anscheinend glaubt man in weiten Kreisen der Definition der Komitees nicht mehr ohne weiteres, seitdem die Chruschtschew-Periode wieder ein Führertum hervorgebracht hat. Der Schluss liegt nahe, dass der erste Parteisekretär einer gewissen Beunruhigung in dieser Beziehung entgegentreten will.

Privatleben keine Privatsache

Der neue Entwurf sieht umfassende Kontrolltätigkeit über das Privatleben der Mitglieder vor. Die bisherigen Statuten enthielten keinerlei Hinweise dieser Art. Auch hier handelte es sich jetzt einfach darum, die zurzeit allgemein eingeführte Gesellschaftskontrolle in allen Lebensbereichen (durch kommunistische Arbeitsbrigaden, Haus-, Hausblock und Strassenkomitees, Kameradschaftsgerichte usw.) auch innerhalb der Partei statutarisch zu verankern.

Meldungen von morgen

Polen wird «in zwei bis drei Jahren» meteorologische Raketen abschies- sen, die eine Höhe von 60 Kilometern erreichen sollen. Das erste polnische Institut zur Erforschung der Atmosphäre mit Hilfe von Raketen (PIHM) wurde in Warschau von der Direktion des Polnischen Hydrologisch-Meteorologischen Instituts gegründet. Mit den projektierten Zweistufen-Raketen polnischer Konstruktion werden allerdings vorerst nur Höhen bis zu 16 Kilometer anvisiert. Darnach werde mit verbesserten Typen eine sukzessive Steigerung erzielt werden «Die polnische Meteorologie bemüht sich also», erklärte der Leiter der meteorologischen Abteilung der PIHM, Professor Parczewski, «mit den Spitzenleistungen der Weltforschung auf diesem Gebiet Schritt zu halten.»

*

Rund die Hälfte der bulgarischen Rechtsanwälte wird sich diesen Herbst oder Winter nach neuer Arbeit umsehen müssen. Die Regierung entzieht Advokatenpatente in einer Massenaktion, um der Produktion neue Arbeitskräfte zuzuführen. Man kann also die dringend benötigte Intelligenz für den Industrie-Aufbau (siehe Seite 4) nicht allein auf dem Wege verbesserter Studienmöglichkeiten rekrutieren.

*

Ausgerechnet jetzt will die SBZ ihre Handelsbeziehungen zu den Ländern der freien Marktwirtschaft stark erweitern. Im Laufe der Leipziger Herbstmesse (3. bis 10. September) erwartet man mit den «kapitalistischen Ländern» Abschlüsse im Wert von 700 Millionen Ostmark zu tätigen. Wobei westdeutsche Absenzen den Veranstalter doch einen Strich durch die Rechnung ziehen dürften.

Die gesellschaftlichen Kontrollorgane unterstehen (nicht nur praktisch, sondern auch statutarisch) alle der Parteiführung: sie sind Organe zur Kontrolle über das Privatleben des Sowjetbürgers.

Nun aber sollen die Massen der Parteimitglieder im Kontrollsystem nicht nur aktiv, sondern auch passiv ihren Platz finden. Dazu erlässt der neue Textentwurf konkrete Vorschriften (die natürlich in der Praxis nicht «neu» sind): Sie müssen die kommunistischen Gesellschaftsbeziehungen entwickeln und festigen (§ 2, v), die Regeln der kommunistischen Moral achten, die Gesellschaftsinteressen den persönlichen vorziehen (§ 2, g) usw.

Alle diese Regeln, so bestimmte der Entwurf zum neuen Parteiprogramm (Teil 2, Kapitel 5, Punkt 1) im «Moralkodex des Erbauers des Kommunismus» aufgenommen werden. Ein solcher Kodex existiert noch nicht, scheint aber in vager Vorbereitung (wonach nur noch fehlen würde, dass für Verletzungen des Moralkodexes der Begriff der «Sünde» wieder eingeführt würde, unter welchem Namen auch immer).

Periodischer Führungswechsel – wo es passt

Im Zeichen der Festigung der innern Demokratie führt der Statutenentwurf auch eine organisatorische Aenderung ein: das System des periodischen Wechsels in der Zusammensetzung der gewählten Parteiorgane. Neue, frische Kräfte, so war im Programmtext diese Reform motiviert worden, müssten regelmässig zur Führungsarbeit herbeigezogen werden. Unter anderm gehe es um die Gewährleistung einer richtigen Proportion von alten und jungen Kadern, ferner um die Ausschaltung der Möglichkeit einer zu grossen Machtkonzentration in den Händen von einzelnen (Teil 2, Kapitel 7).

Laut Statutenentwurf muss mindestens ein Viertel der Mitgliedschaft von ZK und ZK-Präsidium der KPdSU, ein Drittel des Bestandes der KP's von Republiken, Gebiets- und Grenzgebietskomitees (die UdSSR umfasst 12 autonome Republiken, 6 autonome Gebiete und 53 Sonder- und Grenzgebiete), die Hälfte der Angehörigen niederer Komitees (Gau, Stadt, Bezirk) anlässlich einer jeden Wahl ersetzt werden (§ 25). Die Wahlen des Unions-ZK finden jedes vierte Jahr (§ 31), der nächsttieferen Organisationen jedes zweite Jahr und der Vorstände von Grundorganisationen (siehe KB Nr. 29) alljährlich statt (§ 25). Die Mitglieder der Parteikomitees verschiedener Stufen dürfen höchstens dreimal hintereinander gewählt werden, während Sekretäre von Grundorganisationen nur während zwei aufeinanderfolgenden Perioden amtieren können (§ 25). Soweit nimmt sich der Text (für die niederen Organisationen freilich viel mehr als für die Parteispitze) demokratisch aus.

Nun aber bestimmt der gleiche Artikel 25, dass Komitee-Mitglieder «mit besonderen Verdiensten» ohne Beschränkung wiedergewählt werden können, sofern sie nur drei Viertel der Stimmen auf sich vereinigen (was ihre letzte Sorge sein dürfte). Dank dieser Klausel bietet der Paragraph eine bequeme Handhabe dazu, unerwünschte Elemente loszuwerden, andere aber beliebig lang im Amte zu behalten. Der Starke bleibt stark, die Schwächeren werden noch zusätzlich geschwächt – alles im Zeichen der ausgebauten «inneren Demokratie».

Bildung und Produktion

Bulgarien

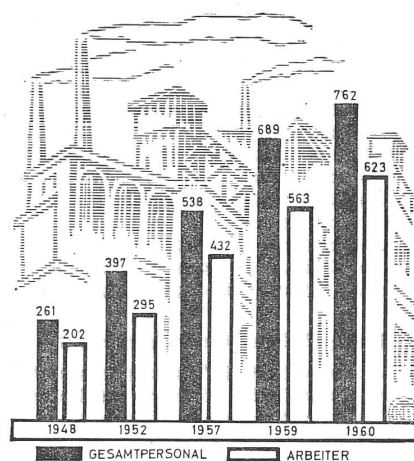
Sprung nach vorn – aus dem Stand

Bulgarien, noch wenig industrialisiert, will wirtschaftlich den «Sprung nach vorn» durchsetzen. Einen Teil der Voraussetzungen schafft ihm eine relativ günstig gesinnte Comecon-Planung, den andern Teil muss es sich selbst schaffen. Dazu gehört die Heranbildung eines breiten, bisher noch kaum vorhandenen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kaders.

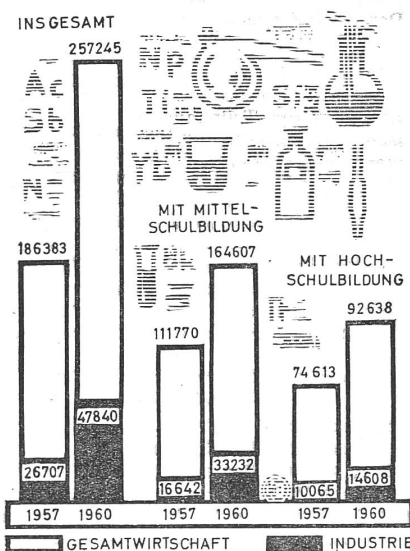
Aus Bulgarien laufen die Erfolgs- und Misserfolgsmeldungen seit einiger Zeit mit grösster Sicherheit streng nach Sektoren getrennt ein. Misserfolge bringt am laufenden Band das Agrarwesen, wo die Kollektivierung dieses Jahr ihre grössten Ausmasse erreicht hat. Misserfolge weist allgemein die Versorgungs- und Leichtindustrie auf. Als Misserfolg des Regimes ist die manifeste Unzufriedenheit der Bevölkerung zu werten, die sich nicht nur in passivem Widerstand, sondern sogar in Unruhen (partei-offiziell Halbstar Kentum genannt) äussert. Schiwkoff wehrt sich dagegen mit seiner «Bevölkerungspolitik», das heisst mit Deportationen. Schliesslich verlaute den Frühling hindurch von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei- und Gewerkschaftsspitzen.

essen dient — dem politisch stets treuen Satelliten kräftig unter die Arme. Bereits industrialisierte Volksdemokratien wie Ungarn und Polen müssten laut dem im

PERSONALZUNAHME IN DER STAATLICHEN UND GENOSSENSCHAFTLICHEN INDUSTRIE (in tausend Personen)



SPEZIALISTEN IN GESAMTWIRTSCHAFT UND INDUSTRIE



Erfolge hat aber Bulgarien auch zu melden. Sie betreffen vorzugsweise den Aufbau der Grundindustrie (zurzeit meist im Eröffnungs- oder noch im Planungsstadium). Auffällig ist dabei besonders der schon effektive Fortschritt der chemischen und pharmazeutischen Produktion, die sich seit den Nachkriegsjahren aus dem Nichts zu beachtlicher Stärke entwickelt hat. Die Entwicklung der Schwerindustrie unter Priorität (vor allem vor den Bevölkerungsbedürfnissen) ist zwar ein allgemeines kommunistisches Prinzip; hier aber wirkt es (ähnlich wie in China) um so einseitiger, als die Grundlagen dafür gleichzeitig (wenn nicht nachträglich) geschaffen werden müssen.

Hier greift die Comecon-Planung — obwohl der «Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe» sonst vor allem sowjetischen Inter-

Ostblock koordinierten Perspektivprogramm auf die Weitererzeugung bestimmter Industriegüter zugunsten Bulgariens verzichten, das erst lanciert werden muss (z. B. Radioapparate, siehe KB Nr. 28). Insbesondere soll Bulgarien dank dem kommenden sowjetischen Öl mächtige Raffinerien erhalten (Zentrum: die Hafenstadt Burgas, von wo aus Pipelines etwas ins Landesinnere führen werden). Selbstver-

Bulgarische Seeleute haben in fremden Häfen «als Kollektiv» an Land zu gehen. Die ideologische Erziehung an Bord muss strenger an Hand genommen werden. Vor einer Auslandsreise muss jeder Schiffsbesatzung «der grosse sozialistische Aufbau Bulgariens vor Augen geführt» werden, um «ihre Moral zu stärken». Dies einige Forderungen von «Transporten Glas», dem Organ des Transportministeriums.

Wenige Tage nach Veröffentlichung dieses Artikels ersuchten im August zwei bulgarische Schiffsoffiziere in der Türkei um politisches Asyl.

In der bulgarischen Ausfuhr nehmen Gemüse und Obst, so Tomaten, Paprikaschoten, Aprikosen und Trauben einen bedeutenden Platz ein. Im laufenden Jahr sollen 200 000 Tonnen Tomaten exportiert werden, wovon bereits 175 000 Tonnen in die Sowjetunion, nach Polen, in die Sowjetzone, in die Tschechoslowakei, in die Bundesrepublik und in die Schweiz geliefert worden sind. Von den Aprikosen konnten 3600 Tonnen im Ausland abgesetzt werden und von der Traubenernte sind ebenfalls bedeutende Mengen für den Export vorgesehen.

Diese Ausfuhrpolitik wird ohne jede Rücksicht auf die innere Versorgungslage vorangetrieben, denn gleichzeitig mit der Veröffentlichung dieser Exporterfolge, berichtet die Parteipresse, dass in zahlreichen Städten die Bevölkerung Schlangen stehen muss um Tomaten zu bekommen und in vielen Gebirgsschaften Gemüse und Obst «sogar einen Luxus» darstellen.